

**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 30.03.2015

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Umwelt und Grün vom 03.03.2015****öffentlich****4.4 Machbarkeitsstudie Bundesgartenschau 2025 in Köln
3016/2014**

Beigeordneter Herr Höing hebt zu Beginn hervor, dass viele Themen im Ausschuss Umwelt und Grün stadtentwicklungspolitische Relevanz beinhalteten. Vieles, was Frau Reker in ihrem Vortrag genannt habe, beschäftige sein Dezernat ebenfalls. Wenn man den Blick auf die sog. „Parkstadt Süd“ wende, stelle sich auch hier die Frage, wie eine zukunftsfähige Stadt aussehen solle. Hierbei sei man gut beraten, der Klimagerechtigkeit eine hohe Priorität einzuräumen.

Es bestehe Chance, innerhalb eines Zeitraums von 10 bis 15 Jahren Köln neu auszurichten. Als Beispiele für diese Neuausrichtung nennt Herr Höing den gesamten Mülheimer Süden, den Masterplan Messe, den Deutzer Hafen und nicht zuletzt die Parkstadt Süd. Hier werde der innere grüne Ring der Stadt bis zum Rhein fortgeführt.

Herr Höing bezeichnet diese Prägnanz an Grünstruktur als einen Auftrag an die Verwaltung, dort nicht nur über das Bauen, sondern auch über das Freilassen - dies ebenfalls aus klimapolitischer Sicht - nachzudenken. Zugleich macht er deutlich, dass heute nicht zur Debatte stehe, ob man den Grünraum realisieren wolle oder nicht. Etwa 100 Hektar seien für diesen grünen Raum reserviert und dessen Realisierung müsse jetzt vorangetrieben werden.

Er bekräftigt, dass dieser Grünraum über alle Parteigrenzen hinweg und innerhalb der Stadtgesellschaft zur Selbstverständlichkeit geworden sei. Die Sorge vieler, dass ohne BUGA die Geschwindigkeit aus dem Gesamtprojekt herausgenommen werde, sei unbegründet. Vielmehr sei es an der Zeit, die Geschwindigkeit zu erhöhen. Der Grünraum spiele eine zentrale Rolle in allen Planwerken und politischen Beschlüssen, die es zu dieser Parkstadt Süd gebe und sei ihr Rückgrat. Die Frage sei allerdings, ob die BUGA das richtige Instrument sei, um dieses Vorhaben voranzutreiben.

Herr Höing verweist auf die Machbarkeitsstudie und informiert darüber, dass die Verwaltung nochmal präzise nachgerechnet und versucht habe, die heute schon absehbaren Risiken festzustellen, die mit diesem Projekt verbunden sein könnten. Die-

se Betrachtung habe dazu geführt, dass die Verwaltung empfehle, sich von der Idee des „Transmissionsriemens BUGA“ zu verabschieden.

Er führt weiter aus, dass die Planungen zum Masterplan von der Rheinfront bis zur Luxemburger Straße Gegenstand eines kooperativen Gutachterverfahrens sein werden. Dazu habe man fünf interdisziplinäre und mit international renommierten Landschaftsarchitekten ausgestattete Teams eingeladen, die sich mit der Frage beschäftigten, was zukunftsfähige Stadt an diesem Standort heiße.

Herr Höing macht darauf aufmerksam, dass die Stadt bereits nennenswerte Grundstücksankäufe getätigt habe, die Gegenstand von Ratsvorlagen gewesen seien und die Ernsthaftigkeit des Vorhabens dokumentierten.

Im Hinblick auf die finanziellen Risiken verweist er kurz auf die Alltagsaufgaben - wie die Pflege der bestehenden Grünräume - denen die Verwaltung in Teilen schon jetzt nicht mehr ganz gerecht werden könne. Er geht auf die enormen Belastungen ein, wie z. B. die Brückensanierungen, deren finanzielle Dimensionen über einen städtischen Haushalt nicht abzudecken seien. Herr Höing erwähnt, dass Hamburg mit seiner IGS einen finanziellen Schaden erlitten habe, der zu Mindereinnahmen und Nachfinanzierungen von 35 Mio. Euro geführt habe.

Diese Risiken an vielen Stellen hätten die Verwaltung zu der Empfehlung veranlasst, auf eine Bewerbung für die BUGA zu verzichten.

Abschließend dankt Herr Höing für die Aufmerksamkeit der Ausschussmitglieder.

RM Herr Weisenstein fragt, ob es möglich sei, die BUGA zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen bzw. sich für einen späteren Zeitpunkt zu bewerben. Ein Argument dafür könne die Problematik sein, die mit dem frühzeitigen Ausräumen bzw. Niederlegen der Gebäude zusammenhänge. Auch der Bau eines südlichen S-Bahn-Ringes sei ein weiteres Argument für eine spätere BUGA.

Hinsichtlich der Finanzen verweist er auf S. 10 der Vorlage, wo es um die Kosten für das Sanierungsgebiet ESIE gehe, die noch nicht dargelegt werden konnten. Daher sei ein Risikovergleich etwas schwierig. Herr Weisenstein bittet, die Zahlen bis zur weiteren Beratung zur Verfügung zu stellen. Abschließend greift er das Stichwort vom „Freilassen“ auf und fragt, ob nicht doch die BUGA ein Garant für das Freilassen von Flächen gewesen wäre.

RM Herr Dr. Welpmann merkt kritisch an, dass die Machbarkeitsstudie nicht im Internet verfügbar sei und bittet, auch angesichts der Bedeutung des Themas für die Öffentlichkeit, sie im Internet öffentlich zur Verfügung zu stellen. In der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei die Studie in elektronischer Form ebenfalls noch nicht angekommen.

Er verweist auf die Studie, in der die Flächenverfügbarkeit im Hinblick auf die Eigentumsituation dargestellt werde. Zum Teil seien aber mietvertragliche Bindungen vorhanden, so dass die Stadt noch nicht im Besitz der Fläche sei.

Herr Dr. Welpmann möchte wissen, ob dazu eine grafische Darstellung vorliege, um einschätzen zu können, welcher Anteil der überplanten Fläche von diesen Risiken konkret betroffen sei und ob man evtl. in einer Variante auf bestimmte Flächen zunächst verzichten könnte.

RM Frau Welcker möchte wissen, welche Kosten ohnehin entstünden, wenn die Parkstadt Süd an dieser Stelle entwickelt werde. Die Planungen beträfen nicht nur den Grüngürtel sondern die gesamte Entwicklung der südlichen Innenstadt und auch der Stadtbereiche Zollstock, Raderberg und Bayenthal, ob es den S-Bahn-Anschluss oder andere Dinge anbelange. Dies müsse trotzdem von der Stadt bezahlt werden.

Daher stelle sich die Frage, ob die BUGA nicht doch ein Garant für die Umsetzung des Grünraumes sei.

Sie fragt, wie man eine Vergleichbarkeit herstellen könne, wenn die anderen Kosten, die sowieso entstünden, nicht bezifferbar seien.

Weiterhin merkt Frau Welcker kritisch an, dass es schwierig sei, Risiken abzuschätzen, wenn von der Verwaltung keine farbigen Umdrucke zur Verfügung gestellt werden und sie regt an, in derartigen Fällen, grafische Darstellungen zu verwenden.

SB Herr Dr. Albach bemerkt zur Risikoeinschätzung der Verwaltung, dass ihm die Risikoscheu nicht gefalle. Man müsse sich vielmehr fragen, ob die BUGA in Koblenz positiv verlaufen sei und die IGA in Hamburg negativ. Er regt an, von beiden zu lernen und das Beste von beiden anzuwenden.

Die FDP-Fraktion habe die Sorge, dass aufgrund der Risiken aus den Eigentumsverhältnissen mit der Gründung der Parkstadt bis 2030 bzw. bis 2039 gewartet werde. Ziel sei jedoch, dies in absehbarer Zeit zu erreichen.

Er möchte wissen, welche Grundstücke unabdingbar seien und welche bis 2030 eingezäunt und mit Wegerechten versehen werden könnten. Hierzu wünsche er sich mehr Informationen.

SB Herr Becker fragt, ob es möglich sei, einige der Vorschläge, die in der Machbarkeitsstudie unter dem Punkt „Visionen“ aufgeführt seien, umzusetzen, selbst wenn keine BUGA durchgeführt werde. Als Beispiele nennt er die in der Studie dargestellte Weiterentwicklung des Römer- Friedens- oder Vorgebirgsparks, den barrierefreien Umbau der Südbrücke, den S-Bahn-Anschluss an der Bonner Straße im Rahmen einer Regionalzugverlängerung der RB 48 und die Gestaltung der Poller Wiese. Herr Becker bittet, wenn möglich diese Dinge konkret zu beschreiben und mit einer Zeitachse zu versehen.

Herr Ott betont, er halte es - hinsichtlich der Situation rund um das Tierheim in Köln-Zollstock im Rahmen dieser Debatte - für sinnvoll, von Seiten der Verwaltung zu klären, dass der Standort dort bleiben könne. Dann könnten in Folge auch andere Fragen geklärt werden, da dies ansonsten vor dem Hintergrund der langen zeitlichen Dauer zu Problemen führen könne. Er bittet Herrn Höing um weitere Veranlassung.

Herr Höing beantwortet anschließend die Fragen der Ausschussmitglieder. Er macht darauf aufmerksam, dass vieles, was Bestandteil einer BUGA sein könnte, auch Bestandteil des Gesamtkonzeptes einer Parkstadt Süd sei. So benötige eine Parkstadt Süd ebenfalls eine perfekte Anbindung an den ÖPNV und diese werde unabhängig von einer BUGA umgesetzt.

Er wendet sich an Herrn Dr. Albach und macht deutlich, dass Köln für die anstehenden Projekte eine solide finanzielle Basis benötige, was jedoch nicht bedeute, dass man sich nichts traue. In einer Zeit, wo das finanzielle Korsett extrem eng sei, müsse man überlegen, für welche Projekte man welches Budget einsetze.

Er verweist auf einen Plan auf Seite 11 der Beschlussvorlage, auf dem die Flächen unterschiedlich farblich gekennzeichnet seien und deutlich machten, wann welche Flächen frei werden, wie lange welche Verträge laufen und wo diese konkreten Grundstücke liegen. Die Möglichkeiten einer Einschränkung von Flächen seien ebenfalls in der Machbarkeitsstudie dokumentiert, die im Übrigen für interessierte Ausschussmitglieder in digitaler Form als CD vorliege.

An Herrn Weisenstein gerichtet informiert Herr Höing darüber, dass die Bewerbung für eine später stattfindende BUGA zum einen eine Frage der freien Termine bei der BUGA-Gesellschaft sei und zum anderen bereits schrittweise 2020 mit den Arbeiten

für den Park begonnen werde, nachdem der Großmarkt Ende 2019 diesen Standort verlassen habe. Bis dahin müssten in dem Gutachterverfahren Freiräume entworfen, Bebauungspläne zügig auf den Weg gebracht und andere Arbeiten durchgeführt werden.

SB Herr Dr. Albach fragt, ob es jemals eine Betreibergesellschaft gegeben habe, die nicht nur städtisch gewesen sei und wo die Stadt nicht nur allein das Risiko getragen habe. Er regt an, zu prüfen, ob dies eine Möglichkeit sei, um das Risiko breiter zu streuen.

SB Herr Boyens signalisiert seine volle inhaltliche Zustimmung zur Beschlussvorlage, da dies ein gut durchdachter und sinnvoller Vorschlag der Verwaltung sei. Köln kranke insbesondere daran, zu viele Dinge zu beginnen, dann aber nicht die personellen und finanziellen Ressourcen habe, diese Dinge zu pflegen.

Ausschussvorsitzender Herr Ott dankt Herrn Beigeordneten Höing für seinen Vortrag und wiederholt seine Bitte hinsichtlich des Verbleibs des Tierheims in Köln-Zollstock.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt den Vortrag und die weiteren mündlichen Ausführungen von Herrn Höing zur Kenntnis und stellt die Vorlage zurück in seine nächste Sitzung.